

Westmächte schützen Berlin

Dulles-Erklärung im Namen Eisenhowers vor dem Abgeordnetenhaus

Berlin (Eigenbericht). Im Namen der amerikanischen Regierung und mit ausdrücklicher Ermächtigung Präsident Eisenhowers hat Außenminister Dulles vor dem Berliner Abgeordnetenhaus noch einmal die Sicherheitsgarantie für Berlin wiederholt. Danach werden die drei westalliierten Mächte „jeden Angriff gegen Berlin, von welcher Seite er auch kommen mag, als einen Angriff auf ihre Streitkräfte und sich selbst behandeln. Nachstehend geben wir einige wörtliche Auszüge aus der Rede des amerikanischen Außenministers wieder.

Eine erste Lehre vermittelt uns Berlin durch seine Umgebung. Sie leben hier eingekreist von der kommunistischen Herrschaft, die sie wie ein Ring umgibt. Ihre Lage ist ein tragisches Symbol der Mißachtung des verpfändeten Wortes. Die Potsdamer Abkommen von 1945 stellten unmißverständlich fest, daß der Zweck der militärischen Besetzung nicht die Zerstückelung Deutschlands oder seine ständige Teilung sei. Bis vor kurzem hat die Sowjetunion auch tatsächlich zugegeben, daß es die Verantwortung der vier Mächte sei, die Wiedervereinigung Deutschlands herbeizuführen.

Auf der Genfer Gipfelkonferenz vom Juli 1955 erhielten Präsident Eisenhower sowie die Ministerpräsidenten Frankreichs und Großbritanniens von den sowjetischen Regierungschefs, einschließlich Herrn Chruschtschows, die formelle Bestätigung, daß die vier Mächte eine „gemeinsame Verantwortung für die Regelung der deutschen Frage und die Wiedervereinigung Deutschlands“ hätten, und sie „stimmten darin überein, daß die Regelung der deutschen Frage und die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen“ in die Tat umgesetzt werden sollten. Diesen Verpflichtungen, so scheint es jetzt, entzieht sich die Sowjetunion.

Das zeigt, wie außerordentlich schwer es ist, mit der Sowjetunion zusammenzuarbeiten. Die meisten Regierungen glauben, daß den von ihnen eingegangenen Verpflichtungen eine mora-

lische Verbindlichkeit anhaftet. Sie übernehmen feierliche und genau festgelegte internationale Verpflichtungen nur dann, wenn sie auch beabsichtigen, sie auszuführen. Zwar zeigt die Geschichte, daß die Durchführung dieser Verpflichtungen nicht immer vollkommen ist, doch zumindest betrachten diese Regierungen den Abschluß und den Bruch von Vereinbarungen nicht als ein rechtmäßiges Mittel zur Förderung ihrer eigenen Interessen.

Im Falle der Sowjetunion ist es anders. Ihre Machthaber sind gottlose Materialisten. Was sie betrifft, so haben die von ihnen übernommenen Verpflichtungen

keine moralische Verbindlichkeit. Oft scheint es, als ob sie den Abschluß und den Bruch von Vereinbarungen als ein rechtmäßiges internationales Mittel betrachten und daß ihre Versprechen, wie Lenin sagte, nur gegeben werden, um gebrochen zu werden.

Deshalb ist es für uns so schwierig, bei der Lösung politischer Fragen und bei der Einigung über eine Rüstungsbeschränkung Fortschritte zu erzielen. Die Einstellung der Sowjetunion zu den von ihr getroffenen Abmachungen stellt ein ernstes Hindernis dar.

Sie hier in Berlin, die Sie ein lebender Beweis für die Verletzung internationaler Abkommen durch die Sowjets sind, werden dies gewiß verstehen. Ihre schwierige Lage müßte die Welt lehren, daß es unbesonnen ist, im Vertrauen auf sowjetische Versprechungen Zugeständnisse zu machen, nur weil diese Versprechen verlockend sind.

Glaube an die Zukunft nicht sinnlos

Niemand kann in Westberlin von heute weilen, ohne den außerordentlichen Mut und die ungewöhnliche geistige Kraft anzuerkennen, die Berlin zu einer der großen Städte Europas machen. Lassen Sie mich Ihnen sagen, daß nach meiner Ansicht Ihre Hoffnung und Ihr Glaube an die Zukunft nicht sinnlos sind und ihre Erfüllung finden werden.

Ich erinnere mich der düsteren Konferenz hier im Jahre 1954, als die sowjetische Delegation sich unnachgiebig der Befreiung Österreichs und der Wiedervereinigung Deutschlands widersetzte.

Im Jahre 1955 aber entschloß sich die Sowjetunion plötzlich, Österreich die Freiheit zu geben. Diese Entscheidung kam überraschend und war eine Ab-

kehr von der unnachgiebigen Haltung, die die Sowjetregierung fast 10 Jahre lang eingenommen hatte.

Das zeigt, daß wir unsere Hoffnung für Deutschland und Berlin nicht aufzugeben brauchen. Der Tag wird kommen, an dem, wahrscheinlich unerwartet und unvorhersehbar, die Genfer Versprechen des Jahres 1955 erfüllt werden und Deutschland wieder in Freiheit vereint sein wird.

Ich weiß, daß die Berliner erkannt haben, wie wichtig für sie die militärische Abschreckung gewesen ist, die einen Schild darstellt, hinter dem ihre Arbeit des Friedens gedieh. Ich hoffe, Sie und andere werden erkennen, daß der Friede von einem solchen Schild abhängt.

Was sagt Berlin?

H. Es ist dieser Stadt keine Ruhe vergönnt, nicht einmal gelegentlich ein Ausruhen. Man mag das bedauern oder nicht — Berlin wird immer wieder an eine Sonderstellung erinnert, und es erinnert selbst immer wieder die ganze Welt daran. Mit dieser Sonderstellung ist Gefahr verbunden, aber auch eine Dynamik, aus der nicht allein Nachteiliges entstehen muß, wie augenblicklich durch die Behinderung der Binnenschifffahrt. Solange die Sonderstellung besteht, ist zumindest alle Hoffnungslosigkeit unbegründet, die allmählich dem langen Warten auf Normalisierung entsproßen könnte und einer unbegründeten Selbstaufgabe gleichkäme.

Solche Tendenzen sind in Berlin nicht zu spüren. Das ständige Strapazieren der Nerven hat hier viel eher eine Abhärtung bewirkt, von der Gelassenheit ausstrahlt. Jetzt, bei den Schikanen gegen die Schifffahrt, bei diesem unfreundlichsten und hinterlistigsten Akt der Zonenbehörden seit Einführung der Autobahngebühren, ist das genau festzustellen. Die Abhärtung ist und bleibt aber nur dann gesund, wenn man sich klar darüber ist, wie weit man sie tatsächlich strapazieren kann, welchen Widerständen sie ausgesetzt ist und welche Anforderungen möglicherweise noch auf sie einstürmen könnten. Dieser Abhärtung muß ein reales Selbstgefühl entsprechen, das jede Selbstherrlichkeit, jede allzu stolze Überbewertung der eigenen Existenz inmitten der gegensätzlichen Existenzen dieser Welt ausschaltet. Sich gesund und frei von Anfälligkeiten zu halten ist schwer. Selbst-Beobachtung ist erforderlich, Selbst-Kritik und damit Verantwortung.

Sie wird der Stadt und ihrer Bevölkerung auch nicht geschenkt, und nicht einmal erleichtert durch die demonstra-

tive Wiederholung der alliierten Garantieerklärung aus dem Munde des amerikanischen Außenministers. Sein Treuebekenntnis zu Berlin ist zwar durch die Vergangenheit begründet, durch die schweren, gemeinsam durchstandenen Tage der Blockade, doch politische Treuebekenntnisse leben nicht automatisch aus dem, was gewesen ist, sie müssen immer wieder aktuelle Bestätigung erfahren. Und zwar von beiden Seiten. Verständlich ist es, in Berlin zurückzublicken auf das, was überwunden wurde. Unverständlich und völlig unbegründet ist es jedoch, darüber den Eindruck zu erwecken, als sei heutzutage alles anders, als befänden wir uns in einer völlig umgekehrten Ost-West-Situation, als müßten heute auch im Interesse Berlins Sonderwege beschritten werden, die bei aller bleibenden Dankbarkeit gegenüber den Amerikanern eben doch nicht mehr gemeinsam bewältigt werden sollten. Hier wird die Selbstüberschätzung am gefährlichsten. Und das um so mehr, als es nicht an östlichen und an westlichen Fürsprechern fehlt, das Arm-in-Arm mit den Amerikanern zu lockern, um dann noch eine Wegstrecke nebeneinander herzulaufen bis zu jener unvermeidlichen Gabelung, wo ein lockender, aber falscher Wegweiser nach Osten zu einem — allerdings kurzen — Alleingang letzte Aufmunterung erteilen würde.

Diese dunkle Vision ist nur aufzuhellen, wenn man die Logik als falsch durchschaut, die aus der Sonderstellung Berlins auch Sonderwege für Berlin zu folgern versucht. In harter Umgangssprache heißt das: Berlin kann keine Politik auf eigene Faust betreiben, und es darf sich nicht durch andere Kräfte als alleinrollender Ball ins politische Spiel stoßen lassen. Berlin ist eben trotz der vielzitierten insularen Lage nicht isoliert. Es ist dem Westen verhaftet, und zwar jenem Westen, der sich den Belangen der Stadt am eindeutigsten und tätigsten verschrieben hat.

Das Verhältnis Berlins zum Bund ist eine Lebensfrage, die nichts zu tun hat und nichts zu tun haben darf mit der willigen und kritiklosen Übernahme von fadenscheinigen Parolen, wie sie im Bundesgebiet laut werden mögen, ohne dort unbedingt großen Schaden anzurichten. Berlin — und das ist leider in letzter Zeit zu vermissen — sollte sich seine eigenen Losungen bilden, sei es zum 1. Mai, oder zum Problem der Warnstreiks, oder zur Atomwaffen-Frage; es sollte mit seiner eigenen Einstellung hervortreten und nicht darauf verzichten, durch besondere Beispiele richtungweisend zu sein.

Das bedeutet keinesfalls Gleichschaltung aller Meinungen und auf allen Gebieten. Auch in Berlin, und besonders hier, muß Demokratie vorgelebt und praktiziert werden. Aber in den großen Grundsatzfragen der ideologischen Auseinandersetzung, hinter der immer wieder die militärische droht, muß zu allererst in Westberlin die Übereinstimmung bleiben, der feste Wille, sie zu bewahren und das Wissen um ihre ständige, wachsende Gefährdung. Die Bevölkerung ist sich darin einiger, als es in letzter Zeit oftmals den Anschein hatte, weil Sonderaktionen von Gruppen optisch allzu gewichtig das Straßenbild auf ihre Weise zu verändern suchen. Die Zeit der Blockade ist vorbei, die Zeit Reuters, die Zeit demonstrativer Einmütigkeit. Was nun nicht geschehen darf, ist das Extrem, der Zerfall der Einmütigkeit, die restlose Zersplitterung, die dann keiner und nichts mehr kitten könnte, nicht einmal eine neue Notlage. Noch fragt man in der Welt immer wieder, wenn eine Antwort gesucht wird: Was sagt Berlin? Diese Frage nach Berlin könnte eines Tages nicht mehr gestellt werden, wenn das Manöver gelingen sollte, die Einmütigkeit seiner Bewohner zu zerstückeln.

Rüstung ist nicht unabänderlich

Katholische Theologen über Verteidigung und Atombewaffnung

Bonn (kna). Ebenso wie in der evangelischen Kirche wird auch im katholischen Bereich die Frage der Atomrüstung der Bundeswehr diskutiert. Sieben führende katholische Moratheologen haben jetzt — wie gemeldet — mit einer Erklärung zur atomaren Rüstung und zur Verteidigungspflicht in diese Diskussion eingegriffen. Es handelt sich um die Professoren Auer (Würzburg), Egenter (München), Fleckenstein (Würzburg), Hirschmann S.J. (Frankfurt a. M.), Höffner (Münster), Monzel (München) und Welty O.P. (Walberberg). Wir veröffentlichen im folgenden wörtliche Auszüge aus ihrer Erklärung:

„Tatsächlich sind die Verheerungen eines modernen Krieges so groß, daß die Menschheit mit Recht vor ihm zittert. Um so offenkundiger wird der verbrecherische Charakter eines Angriffskrieges. Die Entwicklung der Waffentechnik hat aber auch dazu geführt, daß manche Gründe, die früher für die Rechtfertigung des Waffengebrauchs ausreichten, heute nicht mehr als hinreichend gelten können. Je furchtbarer die drohenden Zerstörungen sind, um so größer sind auch die Opfer, selbst bis zum Verzicht auf unzweifelbare Rechte, zu denen ganze Völker um des Friedens willen bereit sein müssen.

Über die Pflicht zur Verteidigung

Erlaubt bleibt die Verteidigung jedoch, wenn die moralische oder physische Existenz von Völkern durch einen Angriff bedroht ist. In diesem Fall kann sie sogar Pflicht sein.

Die Pflicht zur Verteidigung trifft nicht nur den jeweils bedrohten oder angegriffenen Staat, sie ist auch solidarische Pflicht der ganzen Völkergemeinschaft.

Auch in einem gerechtfertigten Verteidigungskampf ist jedoch nicht jedes Kampfmittel schlechthin erlaubt. Wenn das Kampfmittel sich der Kontrolle des Menschen völlig entzöge, müßte seine Anwendung als unsittlich verworfen werden. Daß die Wirkung der atomaren Kampfmittel sich dieser Kontrolle völlig entzieht, muß nach dem Urteil gewissenhafter Sachkenner als unzutreffend bezeichnet werden. Ihre Verwendung widerspricht darum nicht notwendig der sittlichen Ordnung und ist nicht in jedem Fall Sünde.

Damit soll nicht gesagt werden, daß wir die Rüstung selbst, die so viele materielle und persönliche Kräfte einseitig einspannt, als unabänderliche Gegebenheit hinnehmen. Im Gegenteil: alle Möglichkeiten müssen erkundet und ausgeschöpft werden, um die Völker von der drückenden Sklaverei des Wettrüstens zu befreien und den Alldruck der verfestigten Machtblöcke von ihnen zu nehmen. Dazu genügt weder der bloße Verzicht auf Experimente mit Atomwaffen, noch der einseitige Verzicht auf Atomwaffen, noch die Einrichtung von entmilitarisierten Zonen; vielmehr sind alle diese Maßnahmen zusammen, verbunden mit einer allgemeinen Rüstungskontrolle, erforderlich. Diese Kontrolle ist der entscheidende Punkt, an dem jede Nation die Ernsthaftigkeit ihres Friedenswillens beweist.

Für realistische Politik

Christliche Politik muß realistisch sein. Sie weiß: Wo im-

mer die modernen Kampfmittel gegeben sind, ist auch ihr Mißbrauch möglich. Aber die stärkste Gefährdung des Friedens in der heutigen Welt ist doch das Bestehen einer mit den modernsten Kampfmitteln ausgerüsteten Macht, die den Sieg ihrer atheistischen Weltanschauung als zwangsläufige Folge der geschichtlichen Entwicklung und grundsätzlich die Anwendung aller Mittel zu deren Beschleunigung und Durchsetzung als rechtmäßig betrachtet. Die Stärke jener Völker, die totalitäre Systeme ablehnen, beruht nicht in erster Linie auf ihrem Waffenbesitz. Sie beruht darauf, daß, wenn es um Freiheit und Existenz aller geht, alle auch nach Möglichkeit sich an der politischen Willensbildung beteiligen können.

Es widerspricht den sittlichen Grundlagen dieser Demokratie, wenn eine Gruppe im Volk das Monopol des Sachverständigen und des Gewissens in Anspruch nimmt. Es widerspricht ihnen erst recht, wenn im Meinungsstreit unterlegene Gruppen mit Berufung auf höhere Einsicht oder überlegene Gewissenhaftigkeit und unter Mißbrauch der Angst vor den modernen Kampfmitteln die rechtmäßigen Organe des Staates durch organisierte Aktionen unter Druck setzen und hindern, das zu tun, was ihnen Einsicht und Gewissen vorschreiben.“

USA dementieren SED-Zentralorgan

Faksimile-Schreiben „offensichtliche Fälschung“

Berlin (ap). Als „offensichtliche Fälschung“ bezeichneten Beamte der amerikanischen Behörden in Berlin einen Bericht des SED-Zentralorgans „Neues Deutschland“. Dieses hatte das Faksimile eines angeblichen Schreibens des US-Unterstaatssekretärs für Gesundheit und Sanitätswesen im amerikanischen Verteidigungsministerium, Dr. Berry, veröffentlicht, das sich mit den Ergebnissen einer Reihenuntersuchung der Offiziere und Mannschaften der amerikanischen Luftstreitkräfte beschäftigt. In diesem medizi-

nischen Bericht wird von einer chronischen Überbeanspruchung des Nervensystems bei den Piloten sowie von „moralischen Depressionen“ gesprochen, denen Besatzungsmitglieder der Flugzeuge des strategischen Luftkommandos der USA unterworfen seien. Das „Neue Deutschland“ hat daraus den Schluß gezogen, daß sich „unzurechnungsfähige Piloten“ am Steuer von USA-Atombombern befänden, die nur unzureichend in der Lage seien, ihre Handlungen unter Kontrolle zu halten.

Genfer Beschlüsse von 1955 bindend

Das Schlußkommuniqué der Kopenhagener NATO-Außenministerkonferenz

Kopenhagen (dpa). In dem Schlußkommuniqué der NATO-Außenministerkonferenz in Kopenhagen heißt es: Die Außenminister der 15 NATO-Länder haben ihre gegenseitige Verständigung und ihre Einheit in den Zielen verbessert und verstärkt. Die NATO ist jetzt viel mehr als eine bloße militärische Allianz. Sie wird zu einer echten Gemeinschaft der freien Länder.

Die Minister waren der Überzeugung, daß die politische Einheit der Allianz und die wirksame Organisation ihrer Verteidigung allein nicht ausreichen; die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Allianzmitglieder untereinander ist ebenso wichtig. Es werden alle Anstrengungen gemacht werden müssen, um die wirtschaftliche Prosperität, insbesondere durch Ausdehnung des internationalen Handels und durch Hilfe an unterentwickelte Länder, zu sichern.

Die Gipfelkonferenz

Bei der Untersuchung der internationalen Lage haben die Minister die Frage einer möglichen Gipfelkonferenz diskutiert. Der Rat ist der Ansicht, daß Gipfeltreffen wünschenswert sind unter der Bedingung, daß sie Aussichten für die Lösung wichtiger Fragen eröffnen. Der Rat ist der Ansicht, daß Gipfeltreffen weder das einzige noch notwendigerweise das beste Mittel sind, um Verhandlungen zu führen und die internationalen Spannungen zu mildern. Auf jeden Fall müssen solche Konferenzen sorgfältig vorbereitet werden und in einer günstigen Atmosphäre stattfinden.

Die Minister bedauerten, daß die Sowjetunion in diesen letzten Wochen die Vorbereitung einer eventuellen Gipfelkonferenz durch unvernünftige Bedingungen erschwerte. Die Sowjetunion hat kürzlich die internationale Spannung verschärft, indem sie im Sicherheitsrat den amerikanischen Vorschlag ablehnte, die Gefahr eines Überraschungsangriffs über der Arktis zu mildern.

Trotz ihrer Enttäuschung über diese Haltung und der dadurch ausgelösten Zweifel werden sich die Regierungen der NATO-

Länder weder entmutigen lassen noch ihr Bekenntnis zum Verhandlungsprinzip aufgeben.

Deutschlandfrage lösen!

Eine Gipfelkonferenz sollte, falls sie jetzt stattfindet, gewisse wichtige Probleme erörtern, unter anderem die Deutschlandfrage, die von den Regierungschefs auf der Genfer Konferenz von 1955 präzisiert worden war und zu deren Lösung leider wenig oder kein Fortschritt erzielt worden ist. Die kontrollierte Abrüstung, die von allen Völkern so sehnlichst gewünscht ist, sollte einer der Hauptpunkte der Tagesordnung sein. Die Vorschläge, die die Westmächte am 29. August 1957 vorgelegt haben, und die in der

UNO mit großer Mehrheit befürwortet wurden, könnten eine vernünftige Grundlage für diese Diskussion bieten.

Der Rat hat die Hoffnung ausgesprochen, daß es trotz wiederholter Ablehnung durch die Sowjetunion vielleicht doch noch möglich sein könnte, zwischen der Sowjetunion und den hauptsächlich interessierten Westmächten technische Beratungen von Sachverständigen über detaillierte Maßnahmen für eine Abrüstungskontrolle aufzunehmen. Eine Vereinbarung über die erforderlichen Maßnahmen, um beispielsweise einen Überraschungsangriff zu verhindern oder Atomexplosionen festzustellen, könnte sehr dazu beitragen, die Möglichkeit eines Abrüstungsabkommens aufzuzeigen, die Aussichten dafür zu verbessern und nach Abschluß eines solchen Abkommens seine Durchführung zu beschleunigen.

Die Folgen des Paßgesetzes

Besucherstrom aus der Zone ging um 80 v. H. zurück

W. Bonn (Eigenbericht). Bundesminister Ernst Lemmer hat in Bad Godesberg bekanntgegeben, daß das neue Paßgesetz der Sowjetzone zu einem erschütternden Rückgang der Besucherzahlen aus der Zone geführt hat. Auf einer Tagung des Kuratoriums unteilbares Deutschland teilte der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen mit, daß im April nur noch 60 000 Menschen aus der Zone nach Westdeutschland gekommen sind, das sind 22 Prozent der Besucherzahl vom April des vergangenen Jahres. Lemmer erklärte: „Die Politik in Ostberlin ist heute offenbar von der Absicht getragen, nun — nachdem sich die Zweistaatlichkeit Deutschlands verhärtet hat — auch zwei verschiedene Staatsvölker entstehen zu lassen, die schließlich nur noch die Sprache gemeinsam haben.“

Der Minister wies nachdrücklich darauf hin, daß die sowjet-

zonalen Absperrungsmaßnahmen eine wachsende Zahl von Wissenschaftlern veranlassen, in den Westen zu fliehen. Unter den letzten Flüchtlingen befänden sich auch Mitglieder der Evangelischen Synode, die erst vor wenigen Tagen in Berlin stattfand. Ausdrücklich bedauerte Lemmer die Abwanderung aus der Zone. „Es geht jetzt darum“, sagte er, „daß noch etwas erhalten bleibt, was wiedervereinigt werden kann.“ Es erregte Aufsehen, daß der Minister abschließend erklärte, auf die erneute Strangulierung der Sowjetzone müsse die Weltöffentlichkeit „mit ganz anderen Mitteln“ als bisher aufmerksam gemacht werden, auch mit den Mitteln der Diplomatie. Lemmers Rede eröffnete eine dreitägige Konferenz des Kuratoriums, an der unter der Leitung von Dr. W. W. Schütz etwa dreihundert Delegierte aus dem ganzen Bundesgebiet teilnehmen.

Namensweihe unter dem roten Stern

Aufzeichnungen über Ereignisse und Stimmungen in Mitteldeutschland

B. Berlin (Eigenbericht)

Mit einer Fülle von Einzelmaßnahmen setzt die SED ihre Politik der kleinen Nadelstiche fort. Alle diese Aktionen haben das Ziel, die totale Ausrichtung und Kontrolle der mitteleuropäischen Bevölkerung. Man sollte sich deshalb nicht wundern, wenn unsere Freunde von „drüben“ diese Schatten als besondere Bedrückung empfinden und darüber manche kleinen Freuden vergessen, die auch ihnen der Alltag schenkt.

THALE

Harzrundfahrten ausverkauft. Die beliebten Fahrten durch den Oberharz bis Schierke und Elend erfreuen sich einer großen Beliebtheit. Die Wochenendurlauber freuen sich über die ersten Maispizzen. Auch am sogenannten Tag der Befreiung unternahmen die Walzwerker von Thale lieber einen Harzspaziergang als eine Kampfgruppengängung.

Harzer Freilichtbühne immer ausverkauft. Aufführungen von „Wilhelm Tell“ rufen die spontane Begeisterung der Zuschauer hervor. Der Beifall an gewissen Stellen ist nicht linientreu.

Kindergeld mit Auflagen. Das VEB Elektromotorenwerk Thale bestellt alle frischgebackenen Familienväter zur Kaderabteilung. Sie erhalten eine einmalige Spende in Höhe von 50 DM und den Hinweis, daß es selbstverständlich sein müsse, das Neugeborene für die Namensweihe anzumelden. Wer sich weigert, bekommt einen Aufklärer der Partei ins Haus geschickt. Viele schützen ihre Frauen vor. Sie meinen, man solle doch die Mutter des Kindes zu diesem Fall hören. Die SED aber ist nicht schüchtern. Sie schickt die Aufklärer ins Krankenhaus.

LEIPZIG

Die sozialistische Hochzeit. Eisen- und Stahlwerker füllen den Klubraum im Hause des Komsomol. „Plötzlich ein Kommando. Marschritte . . . Die Angehörigen der Gesellschaft für Sport und Technik ziehen in den mit Blumen geschmückten Saal ein. Der Leiter der Fallschirmgruppe grüßt das

Brautpaar. Unter den Klängen eines Menuetto von Beethoven schreitet das Paar durch das GST-Spallier. Ein Beauftragter der Abteilung für das Personenstandswesen übernimmt die Trauung. Die Bühne ist ein Blumenmeer. In der Mitte steht ein großes Bild des Staatspräsidenten Pieck. Es erklingt das Intermezzo aus ‚Cavalleria rusticana‘. Eine Packerin und ein Maschinenformer sind getraut. Parteifunktionäre und Vertreter der Massenorganisationen gratulieren. Die Anwesenden singen stehend zum Abschluß eine Strophe der Nationalhymne.“ Das berichtet die „Leipziger Volkszeitung“ vom 6. Mai 1958 auf Seite 8.

COTTBUS

Im Haus des Kulturbundes erhielten die ersten Cottbuser Kinder die Namensweihe. Die Mütter mußten die Säuglinge durch ein Spallier Junger Pioniere tragen. Der Oberbürgermeister überreichte den Müttern eine Urkunde und ein Geschenksparbuch. „Als Staatsangestellter kann man sich doch nicht ausschließen“, sagte ein Vater dem Pfarrer. „Schließlich droht man mir mit der Entlassung, wenn ich mich weigere.“

Im Stadttheater Cottbus spielt man seit Monaten das ergreifende Stück: „Das Tagebuch der Anne Frank“. Es ist wie eine Demonstration der Freiheit, wenn nach der Aufführung tosender Beifall losbricht.

POTSDAM

Gepäckmarsch am Feiertag. An der Ecke Luckenwalder Straße und Heinrich-Mann-Allee mußten sich Potsdams Sportler am sogenannten „Tag der Befreiung“ versammeln. Die Marschroute betrug 10 km. Das Ganze nannte sich Friedensmarsch. Männliche Teilnehmer mußten ein Gepäckstück von 8 kg mit sich führen. Ziel des Marsches war: Erwerb des Sportabzeichens „Bereit zur Arbeit und zur Verteidigung der Heimat“.

Nicht ganz 10 Kilometer ohne Gepäck bummelten am 8. Mai Tausende von Besuchern durch

die Baumbüthe. In Werder blühen die Bäume — und manch guter Schluck Apfelwein vom vergangenen Jahr floß durch die Kehle. Kleine gemütliche Gartenlokale hatten ein paar Musiker engagiert, die zum Tanz aufspielten.

Doppelstockgliederzüge auf dem Außenring. Privat dürfen die Bewohner Potsdams und Werders mit der Wannseebahn nach Berlin fahren, sofern sie sich nicht verpflichten mußten, die gefürchteten und verpönten Westsektoren zu meiden. Angestellte des Staatsapparates, der volkseigenen Betriebe, Lehrer, Studenten und Journalisten werden fristlos entlassen, wenn sie durch Westberlin fahren. Fast eine Stunde verlieren die meisten durch die Umleitung über den Außenring.

ROSTOCK

Die SED-Presse in Mecklenburg verweigert die Annahme von Konfirmations-Danksagungen und die Annahme von Beerdigungsanzeigen, in denen ein Pfarrer genannt wird. Wer die Zeitung abbestellen will, wird darauf hingewiesen, daß amtliche Bekanntmachungen über Belieferung von Lebensmittelkarten, Kohlungsscheinen und Terminkalender nur in der SED-Presse zu finden sind. Die Rostocker „Ostseezeitung“ veröffentlichte kürzlich ein Urteil gegen einen 19jährigen Arbeiter, der am 1. Mai zu sehr dem Alkohol zugesprochen hatte und auf dem Heimweg gegen 24 Uhr in Volltrunkenheit einen Fahnenstock zerbrach und die Fahne der „DDR“ heruntergeholt hat. In der Urteilsbegründung für eine sechsmonatige Gefängnisstrafe wegen Staatsverleumdung wird der Bauschlosser Dieter Müller beschuldigt: „Der Angeklagte hat damit die Maßnahmen unseres Staates öffentlich verleumdete, weil er mit einigen Maßnahmen nicht einverstanden war und westdeutsche Zustände verherrlichte. Der Angeklagte muß durch eine Gefängnisstrafe erzwungen werden, die ‚sozialistische Gesetzlichkeit‘ einzuhalten.“

Auslandsschulen – Reichstag – Ministerien

Große Aufgaben für Bundesbaudirektion – Jugendgästehaus für Berlin geplant

D. Berlin (Eigenbericht). Über die Aufgaben und zukünftigen Pläne der am 1. April von Bonn nach Westberlin übersiedelten Bundesbaudirektion gaben im Bundeshaus Ministerialdirigent Rossig vom Bundesschatzministerium und der Leiter dieser Dienststelle, Regierungsbaudirektor Mertz, wichtige Einzelheiten bekannt. Die Bundesbaudirektion, die in Berlin augenblicklich einen Personalbestand von 80 Mitarbeitern hat, der jedoch noch vergrößert werden soll, ist für sämtliche Hochbauaufgaben des Bundes in Westdeutschland, Westberlin und im Ausland zuständig. Sie ist die Nachfolgerin der früheren Reichsbaudirektion. Bis zur Einrichtung des Bundesschatzministeriums, dem sie jetzt untersteht, unterstand sie dem Bundesfinanzministerium.

Botschaften

„Es war naheliegend, daß beim Auslaufen der Aufgaben in Bonn die Bundesbaudirektion nach Berlin umzog“, erklärte Ministerialdirigent Rossig. Er gab bekannt, daß in Bonn bis jetzt nicht nur 120 Millionen DM für die Unterbringung der Bundesdienststellen, sondern auch 180 Millionen DM für Wohnungsbauten für die darin Beschäftigten aufgewendet wurden. Rossig teilte mit, daß jetzt der Schwerpunkt auf Bauten im Ausland wie Schulen, Botschaften usw. gelegt werden soll und daß auch die Vorbereitung für den Umzug der Regierung nach Berlin als zweite Hauptaufgabe angesehen wird.

Regierungsbaudirektor Mertz erklärte die einzelnen Projekte. Allein auf der Iberischen Halbinsel sollen in nächsten Jahre fünf Schulneubauten begonnen werden. Umbauten und Ausbauten sind für Rom, Istanbul, Athen und Lüderitz-Bucht vorgesehen.

Private Architekten eingeschaltet

Die mit einem Kostenaufwand von 3,6 Millionen DM von der Bundesrepublik in Mailand bereits fertiggestellte Schule fände

im Hinblick auf ihre Architektur großen Anklang bei den Italienern. An Botschaftsgebäuden und Kanzleien entstehen gegenwärtig in Rio de Janeiro, Neu-Delhi, Oslo und Stockholm Neubauten. Auch in Paris, Washington, Rom und Wien sind Bauvorhaben dieser Art geplant, in London, Canberra, Tokio und Ottawa sind Neu- und Umbauten entstanden. In Rabat und anderen Hauptstädten sind Um- und Ausbauten im Gange.

Auch für den Bau des Deutschen Pavillons auf der Weltausstellung in Brüssel zum Beispiel war die Bundesbaudirek-

tion ebenso wie für die Modernisierung des Lungen-Sanatoriums Davos in der Schweiz verantwortlich. Insgesamt hat diese Dienststelle 250 Gebäude der deutschen Vertretungen im Ausland zu unterhalten. Teils werden die Bauvorhaben privaten Architekten übertragen, teils gehen sie aus Wettbewerben hervor, und zu einem kleinen Teil werden sie auch in der eigenen Dienststelle ausgearbeitet. Neben 13 im Ausland tätigen deutschen Kräften beschäftigt die Bundesbaudirektion im Ausland jeweils noch einen kleinen Stab von einheimischen Arbeitskräften.

17 Millionen zusätzlich für die TU

Besonderes Interesse erregten die angekündigten Pläne für Berlin. Regierungsbaudirektor Mertz versicherte, daß für die Berliner Neu- und Ausbauten das Wort „provisorisch“ entfallen werde, das noch für die Bonner Bauten Gültigkeit gehabt habe. Er gab bekannt, daß in diesem Jahre 4 Millionen DM im Reichstag verbaut werden können und auch auf jeden Fall ausgeschöpft werden sollen. Das bedeute eine Verdoppelung der Summe des Vorjahres. Auch zum Thema Ausbau des Schlosses Bellevue als zukünftiger Berliner Wohnsitz des Bundespräsidenten äußerte sich Mertz noch einmal optimistisch und meinte, daß er Ende dieses Jahres abgeschlossen werden könne.

Für eine große Neuaufgabe, den Aufbau von verschiedenen Elektro-Instituten der TU an der Straße des 17. Juni, werden zusätzlich 17 Millionen DM bereitgestellt. Zwei Millionen DM schließlich werden für einen neuen Jugend-Gästehof des Landes Berlin in Blumeshof am Tegeler See aufgewendet. Er wird etwa 300 bis 400 Betten haben. Im Bundeshaus, das die Bundesbaudirektion übernommen hat, sollen verschiedene Ausbauten vorgenommen werden.

Eine enge Zusammenarbeit mit dem Berliner Bausenator wird besonders bei dem Ausbau

des ehemaligen Reichspatentamtes, des sogenannten „Bendler-Blockes“ und des Europa-Hauses in der Stresemannstraße für Bundesministerien, aber auch für die Arbeiten am Reichstag nach Abschluß des Wettbewerbs „Hauptstadt Berlin“ für beide Teile von Wichtigkeit sein.

SED-Zwangsmethoden in Westberlin

Berlin (Eigenmeldung/dpa). In-sensenator Lipschitz hat mitgeteilt, daß die in Westberlin wohnenden Eisenbahner der Sowjetzonen-Reichsbahn gegenwärtig von der SED unter Druck veranlaßt werden, bestimmte Reverse zu unterschreiben. Mit Hilfe dieser Unterschriften will die SED die Aufstellung von Kandidaten zu den Wahlen in Westberlin im Dezember ermöglichen. Zur Aufstellung eines Kandidaten sind 40 Unterschriften erforderlich. Lipschitz, der auf einer Beamtenkonferenz des DGB sprach, erklärte, der Senat suche noch Mittel und Wege, die Westberliner Eisenbahner von diesem Druck zu befreien. Senat und Parteien seien jedoch fest entschlossen, der SED keinen Vorwand dafür zu geben, ihre wahrscheinliche Wahlniederlage mit Terror zu begründen.

Verschärfter Druck auf Tito

Belgrad setzt sich zur Wehr — Vorwürfe gegen Chruschtschow

Belgrad/Moskau (ap/dpa). Die jugoslawischen Kommunisten haben die Bruderparteien des Ostblocks der „Eimmischung in die inneren Angelegenheiten Jugoslawiens“ beschuldigt, besonders aber dem sowjetischen Parteichef Chruschtschow den kaum verhüllten Vorwurf gemacht, er sei entweder unaufrichtig oder kehre bewußt zu stalinistischen Methoden zurück. Andererseits hat das sowjetische Parteiorgan „Prawda“ praktisch mit dem Entzug der sowjetischen Wirtschaftshilfe für Jugoslawien gedroht.

Der jugoslawische Gegenangriff war am Freitag in dem Parteiorgan „Borba“ enthalten. Er stellt die Antwort auf die Kritik an dem neuen Parteiprogramm der jugoslawischen KP durch verschiedene führende Zeitungen des Ostblocks dar. In dem Artikel der „Borba“ heißt es, wenn die Vormundschaft Moskaus der Preis für eine Zusammenarbeit des Ostblocks mit Jugoslawien sei, dann sei „dieser Preis genauso unannehmbar, wie vor zehn Jahren, als das Kominform Tito ausschloß“.

Mit direkter Anspielung auf Chruschtschow als den Initiator der Aussöhnung mit Jugoslawien im Jahre 1955 erklärt das jugoslawische Parteiorgan: „Entweder war die vorherige Haltung derer, die uns jetzt angreifen, unaufrichtig und hinterhältig, oder aber sie haben ihre Einstellung im schlechten Sinne geändert, indem sie auf jene alten Methoden zurückgreifen, die sie selbst kritisiert und verworfen hatten.“

Bundtagsbeschuß begrüßt

Ein Regierungssprecher hat die Befriedigung Jugoslawiens zum Ausdruck gebracht, daß der Deutsche Bundestag den bereits 1956 abgeschlossenen Vertrag zur Regelung deutscher und jugoslawischer Forderungen aus den beiderseitigen Sozialversicherungen gebilligt hat. Er bezeichnete den Bonner Beschluß als einen vernünftigen Beschluß. Jugoslawien erhält auf Grund dieses Vertrages 26 Millionen DM, von denen die Bundesregierung im vergangenen Herbst bereits 8,5 Millionen DM als Vorschuß gezahlt hat.

Entzug der Wirtschaftshilfe

In einem Artikel der „Prawda“ wurde Jugoslawien wegen der bestehenden ideologischen Meinungsverschiedenheiten prak-

tisch mit dem Entzug der sowjetischen Wirtschaftshilfe gedroht. Wörtlich heißt es in dem Artikel: „Haben gewisse Personen in Jugoslawien den Eindruck, daß Ausbeutungstendenzen auch in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien bestehen? Wenn ja, dann bestände die Möglichkeit, Jugoslawien von einer derartigen Ausbeutung zu befreien. Wir zwingen niemand etwas auf — weder unsere Staatsstruktur noch unsere Ideologie.“

Diese Drohung hat in Belgrad sehr überrascht. Am Ernst der Drohung zweifeln amtliche Belgrader Kreise jedoch nicht. Man sieht darin die Entschlossenheit

Raketentrampen jetzt auch in Albanien

Washington (ap). Diplomatische Gewährleute in Washington erklärten, sie hätten neue Informationen, daß die Sowjetunion in dem albanischen Adriaflughafen Valona Raketenschu trampen errichtet. Das Gebiet sei von den albanischen Behörden abgesperrt worden, um „geheimnisvolle Bauvorhaben“ an der Küste geheimzuhalten.

Prag erwartet Bonner Schritt

Wien (dpa). Der tschechoslowakische Gesandte in Wien, Richard Jezek, erklärte, seiner Regierung sei an einer Verbesserung der Beziehungen zur Bundesrepublik gelegen. Sie habe schon mehrere Schritte unternommen. „Es liegt nun an der deutschen Bundesregierung, ihrerseits einen Schritt zu tun.“

Hilfe für Zonenjugendliche

Detmold (dpa). Das Deutsche Jugendherbergswerk hat auch

Moskaus, sich der „alten Methoden“ wieder zu bedienen.

Der sowjetische Parteisekretär Chruschtschow hat die jugoslawischen Kommunisten in einem persönlichen Schreiben aufgefordert, sich im Interesse der Solidarität dem Ostblock unter Führung des Kreml anzuschließen. In einem von Botschafter Samtschewski überbrachten Schreiben hat Chruschtschow die jugoslawischen Genossen auf ihre „ideologischen Abweichungen“ aufmerksam gemacht und ihre Einordnung in den Ostblock verlangt.

„Verwelkte Blumen“

Die Belgrader „Politika“ brachte dieser Tage eine Karikatur, die sich seit vielen Jahren zum ersten Male gegen die Sowjetunion und China richtet. Die Zeichnung zeigt einen Mann, der zornig auf eine blühende Blume schaut (Jugoslawien), die neben acht dahinwelkenden Blumen (Ostblock) steht. Die Karikatur zielt offenbar auf das Schlagwort von Mao Tse Tung: „Laßt hundert Blumen blühen! Laßt hundert Gedankenschulen miteinander wetteifern!“

in diesem Jahr erhebliche Mittel bereitgestellt, um Jugendlichen aus der Sowjetzone das Wandern in der Bundesrepublik zu ermöglichen. Sie werden in den Jugendherbergen kostenlos untergebracht und gepflegt und erhalten besondere Wandergutscheine und Gastausweise.

Nicht im Sportpalast

Berlin (dpa). Der SED werden von der Gesellschaft der Berliner Sportpalast GmbH keine Räumlichkeiten für Großkundgebungen zur Verfügung gestellt werden. Dies wurde von der Sportpalastdirektion bekanntgegeben. Die SED hatte dieser Tage angekündigt, sie wolle sich am Wahlkampf in Westberlin für die Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus beteiligen und eine erste Wahlkundgebung am 11. Juni im Sportpalast veranstalten.



BILDER DER WOCHE. Oben: Der türkische Staatspräsident Celal Bayar wollte zu einem einwöchigen Staatsbesuch in der Bundesrepublik und in Westberlin. In Bonn nach einem Frühstück mit Bundespräsident Heuss und Bundeskanzler Adenauer. — Unten: Zwei der drei westdeutschen Pfadfinder, die sich während eines Berlin-Besuches im Ostsektor in Diskussionen einließen und daraufhin wegen „Boykotthetze“ vorübergehend von der Vopo verhaftet wurden, berichten nach der Rückkehr über ihre Erlebnisse.

